

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal effl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Geisligstraße 30, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltweite 20 Pf.
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatangelegenheiten ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

№ 14.

Stuttgart, den 2. April 1898.

14. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die gegen unsere Auffassung, daß die Bestimmung des § 33 im Statut dem Verbandsvorstand das Recht giebt, nicht nur die Höhe der täglichen Unterstützung festzusetzen, sondern auch die Höhe des zu beziehenden Gesamtbetrags, von der Zahlstelle Hamburg eingeleitete Opposition hat den Verbandsausschuß veranlaßt, die betreffenden Bestimmungen nach ihrer Auslegungsfähigkeit zu prüfen. Der Ausschuß hat nun ebenfalls die Auffassung bekommen, daß der Verbandsvorstand nur die tägliche Unterstützung, nicht aber auch die Gesamtsumme derselben zu bestimmen berechtigt ist. Der Ausschuß hat Folge dessen an den Verbandsvorstand das Gesuchen gestellt, sofort die durch die letzte Urabstimmung erhöhte Gesamtunterstützung zur Anwendung zu bringen.

Daher gleich wir nach wie vor an unserer bisherigen Auffassung festhalten, glauben wir nun doch dem Wunsche des Ausschusses entsprechen zu sollen, um diesen Streitpunkt beizulegen.

Wir geben deshalb bekannt, daß vom **1. April** ab die seither geltende Höhe des **Gesamtbetrags** der **Arbeitslosenunterstützung** entsprechend dem Urabstimmungsergebnis **erhöht** wird und zwar in der Weise, daß die am 1. April noch nicht ausgereuerten männlichen Mitglieder, welche pro Tag 50 Pf. Unterstützung beziehen, diesen Betrag bis zur Gesamthöhe von **20 Mark** und desgleichen die Mitglieder, welche pro Tag 75 Pf. beziehen, diese Unterstützung bis zum Gesamtbetrage von **40 Mark** erhalten.

Die bisherige tägliche Unterstützungshöhe von 50 und 75 Pf. bleibt unverändert fortbestehen.

Entsprechend der jetzigen Erweiterung der Gesamtunterstützungsbeträge ändern sich auch die darauf bezüglichen Bestimmungen im Mitgliedsbuch. Ziffer 3 derselben ist ungültig geworden.

2. Ausgeschlossen nach § 6 b im Statut wurden in Darmstadt Buchbinder Anton Wächter aus Ober-Erlbach (Buchnummer 13169), geb. 18. Juli 1878; in Augsburg der Buchbinder Jakob Starckmann aus Schwabmühlhausen (Buchnummer 11963), geb. 8. September 1874; in Würzburg Buchbinder Fridolin Bülker aus Bodenheim (Buchnummer 16714), geb. 20. Februar 1874.

3. Unter dem 25. Februar haben wir an sämtliche Bevollmächtigte des Verbandes Formulare versandt mit dem Ersuchen, uns am Schlusse eines jeden Monats auf denselben Bericht über die verausgabte Arbeitslosenunterstützung zu geben. Leider sind diesem Ersuchen mehrere Bevollmächtigte nicht nachgekommen; wir sehen uns deshalb veranlaßt, dieselben nochmal zu bitten, sich doch dieser gewiß geringen Mühe zu unterziehen und uns diese Formulare ausgefüllt je für Januar, Februar und März sofort übersenden zu wollen, und dann fortlaufend jeden Monat, damit es uns möglich wird, einen Ueberblick über die verausgabte Unterstützung zu bekommen.

Der Verbandsvorstand.
J. A. J. Dietrich.

Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1848.

Ein Beitrag zur Geschichte des „tollen Jahres“.
Von Brutus.

(Fortsetzung.)

Nach Borns Aufschreiben aus der Redaktion der „Verbrüderung“ wurde die Zeitung von dem Geometer Schwenniger, einem anderen Mitgliede des Zentralkomites, geleitet, hat aber wegen der immer mehr erstarkenden Reaktion einen sehr schweren Stand, während der durch sie vertretene Verein selbst noch von Tag zu Tag zunahm. Es begann nämlich gerade um diese Zeit eine Arbeiteragitation in Nordwestdeutschland, das sich bisher sehr zurückhaltend gezeigt hatte; auf dem vom 20. bis 21. Oktober 1849 in Hannover tagenden Arbeiterkongreß wurde eine „Norddeutsche Arbeitervereinnigung“ gegründet, die sich später auch der „Arbeiterverbrüderung“ anschloß. Auf dem vom 20. bis 26. Februar 1850 zu Leipzig abgehaltenen Kongreß wurde mitgeteilt, daß letztere nunmehr 250 Arbeitervereine umfasse; es wurden Statuten entworfen, worin mit aller Entschiedenheit gefordert wurde, daß sich die einzelnen Vereine auf sachgewerblicher Grundlage aufbauen sollten. Die Lokalvereine hatten die Verpflichtung, die Uebelstände der verschiedenen Arbeiten und die Wünsche der Arbeiter zu erforschen und auf Abhilfe zu sinnen, ferner sollten sie lokale Arbeitsnachweise, Kranken-, Sterbe- und Invalidenklassen gründen, schließlich auch durch Vorträge, Bibliothek u. s. w. Kenntnis und Bildung unter den Arbeitern verbreiten. Der Verband regelte ferner das Wanderunterstützungswesen nach einheitlichen Grundsätzen und empfahl endlich die Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften. Auf Staatshilfe hatte man bereits verzichtet gelernt, da bei der damaligen Sachlage an eine solche nicht mehr zu denken war; es war nämlich bereits in Preußen und anderen Staaten das allgemeine gleiche Wahlrecht, das die Angst den Fürsten abgepreßt hatte, in die Kammer geworfen worden, und die einseitige Bestie Reaktion feierte ihre Orgien. In den Motiven zu den Verbandsstatuten heißt es ausdrücklich, man habe zwar noch vor achtzehn Monaten große Hoffnungen auf die Arbeiten der verschiedenen Nationalversammlungen gesetzt und darum Forderungen an den Staat gestellt, seitdem aber hätten sich alle Erwartungen auf Hilfe von dieser Seite als trügerisch erwiesen.

Die praktischen Versuche der Arbeiter auf Gründung von Genossenschaften kamen nicht über die ersten Anfänge hinaus, was nicht verwunderlich erscheinen kann, wenn man die schwachen finanziellen Hilfsmittel auf der einen und die schädigenden Machinationen der Regierung auf der anderen Seite ins Auge faßt. Immerhin finden wir in dieser Hinsicht ganz beachtenswerthe Keime, so u. A. je eine Genossenschaft zur Herstellung von Hemden, Strümpfen, Brot und — Gewehren in Berlin, welche letztere durch ein augenfälliges Inserat den Arbeitern „alle Arten Büchsen, Jagdblinten und Hirschfänger zu billigen Preisen und prompt“ zu liefern versprach; ferner in Leipzig eine Schuhmacher- und Schneiders, in Ratibor eine Weberassoziation u. s. w. Das einzige Unternehmen, das praktische Erfolge zeitigte, war der von den Berliner Mitgliedern der Arbeiterverbrüderung gegründete „Gesundheitspflegeverein“, der den Zweck verfolgte, durch gemeinschaftliche Beschaffung von ärztlicher und wundärztlicher Hilfe, von Medizin, Bädern u. s. w., seinen Mitgliedern die Vortheile eines Engrosbetriebs zu Theil werden zu lassen, und gleichsam als Ergänzung der Krankenkassen dienen. Der

Verein trat am 1. Mai 1849 mit 327 Mitgliedern ins Leben und setzte sich aus den fünf Genossenschaften der Maler, Instrumentenmacher, Vergolder, Goldarbeiter und Uhrmacher zusammen; im Juni schlossen sich die Raitenbrücker, Dachdecker, Posamentiere u. s. w. an, so daß er am 1. Juli bereits 3440 Mitglieder zählte. Die Zahl der Mitglieder wuchs bald auf über 10 000, worunter sich auch einige Arbeiterinnen befanden; kein Wunder, da die Vortheile, die der Verein seinen Mitgliedern bot, für damalige Verhältnisse ganz bedeutende waren. Trotz mannigfacher Anfeindungen nahm der Gesundheitspflegeverein an Ausbreitung zu, bis im März 1853 die blindwütende Reaktion auch diesen wohlthätigen Unternehmen das Lebenslicht ausblies; der Berliner Polizeipräsident v. Hindeldey löste den Verein „wegen seiner verbrecherischen Tendenzen“ auf, wobei der berühmte Polizeispitzel Stieber die Rolle des Denunzianten und Kronzeugen gespielt hatte.

Der Arbeiterverband war schon längst den Regierungen ein Dorn im Auge gewesen; die Arbeiter hatten thatkräftigen Antheil an der Revolution von 1848 genommen und ihre Errungenschaften, Schulter an Schulter mit der radikalen Demokratie gegen die Sturmfluth der Reaktion verteidigt, es war also kein Wunder, daß die reaktionslüsternen Nachbölger, denen die Krallen allgemach wieder wuchsen, ihren Nerger an den Arbeitervereinen ausließen. Es begann jetzt ein rücksichtsloser und unerbittlicher Feldzug gegen jedes Lebenszeichen der Arbeitervereine. Bayern und Sachsen eröffneten den Feldzug, indem sie Anfangs des Jahres 1850 den Arbeiterbund für ihr Gebiet verboten und die einzelnen Vereine auflösten. Preußen schritt zwar langsam, aber sicher ein; zunächst wurde am 11. März 1850 eine Verfügung zur „Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungsrechts“ erlassen, wodurch die Verbindung politischer Vereine unter einander verboten wurde. Darauf erklärte man die bestehenden sachgewerblichen Arbeitervereine für politische und löste sie einen nach dem anderen auf.

Vergebens hatte das Zentralkomitee der „Arbeiterverbrüderung“ in Leipzig vor dem heranrauhenden Sturm die Segel eingezogen und sich in eine harmlose „Geschäftsstelle“ verwandelt. Zunächst wurde es gezwungen, das publizistische Organ des Verbandes, die „Verbrüderung“, am 1. Juli 1850 eingehen zu lassen. Als Ersatz dafür gaben einige Mitglieder des Komites, Gangloff, Schwenniger u. A., eine neue Zeitung „Prometheus“ heraus, um die Verbindung unter den deutschen Arbeitern rege zu erhalten. Schon vier Wochen später wurde Schwenniger wegen Verdachts der Theilnahme an revolutionären Untrieben verhaftet, ein halbes Jahr gefangen gehalten und darauf, als man ihm nichts Strafbares nachweisen konnte, aus Sachsen ausgewiesen; den zweiten Redakteur, Gangloff, nahm man gleichfalls in Haft und verurtheilte ihn nach mehr als einjähriger Untersuchung „wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats“ zu vier Jahren Zuchthaus. So mußte denn auch der „Prometheus“, der ohnehin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sein Erscheinen einstellen.

Da die nordwestdeutschen Regierungen einstweilen die Arbeitervereine in ihren Gebieten noch ungestört ließen, wurde Anfangs 1851 die Geschäftsstelle der Arbeiterverbrüderung nach Hannover verlegt, wo der dortige Arbeiterführer, Tischlergeselle Stechan, die Zeitung übernahm und ein neues Organ, die „Deutsche Arbeiterhalle“ herausgab; diese wollte, wie es in dem Einleitungsartikel heißt, „den Arbeitern und Beschäftigten, die unter dem Drucke des Kapitals, der Vorrechte und

Privilegien leiden, Gelegenheit geben, sich über ihre Lage auszusprechen". Sie will für die Unabhängigkeit der Arbeiter kämpfen und Vorschläge zur Einführung der Affoziationen bringen; sie will die Mißbräuche der Zunft beleuchten und einer vernünftigen, freien Entwicklung aller Arbeitskräfte nachstreben. Die Bildung und Hebung der arbeitenden Klassen wird sie nach Kräften zu fördern suchen und Nachrichten über Arbeiterverhältnisse aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands bringen. Trotz dieses sachlichen, durchaus unpolitischen Programms blieben die polizeilichen und gerichtlichen Schikanen nicht aus; am 11. Juli 1851 wurde Stechan, der in die Untersuchung gegen den Kommunistenbund verwickelt worden war, verhaftet und ins Gefängnis geworfen; es gelang ihm jedoch, zu entkommen und er floh nach London, wo er sich als Tischlergeselle sein Brot erwarb. Die ihres Redakteurs beraubte „Arbeiterhalle“ ging ein; sie war das letzte Organ der „Arbeiterverbrüderung“. Gleichzeitig schritt die hannoversche Polizei auch gegen die „Norddeutsche Arbeitervereinigung“, das einzige Ueberbleibsel des großen deutschen Arbeiterbundes, ein, hielt bei der Geschäftsstelle Hausdurchsuchung ab und belegte die Papiere mit Beschlagnahme; da sich aber nichts Belastendes vorfand, wurden die Vereine unbefelligt gelassen.

Doch es war nur eine Salzfritze, lange sollte es nicht mehr währen und auch ihnen wurde ein jähes Ende bereitet. Preußen und Oesterreich, die Schutzgeister der Reaktion, begnügten sich nicht damit, in ihren eigenen Staaten die gewerlichen Arbeitervereine zu unterdrücken, sondern dehnten ihre „zarte Fürsorge“ auch auf die anderen deutschen Staaten aus. Am 14. April 1853 beantragten die Gesandten dieser beiden Mächte, Bismarck und Prokesch-Osten, beim Bundesstage in rührender Seelenharmonie, dessen ständiger politischer Ausschuss sollte Maßregeln vorschlagen, die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifen seien. In der Begründung dieses Antrags hieß es: von verschiedenen Bundesregierungen sei bereits auf die Gefahren hingewiesen worden, mit denen die öffentliche Sicherheit durch die Wirklichkeit der über einen großen Theil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine bedroht werde; es müßte deshalb zunächst die Frage erörtert werden, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den jene Vereine namentlich auf den Handwerkerstand ausübten, lahmzulegen sei; da nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller Bundesregierungen ein Erfolg sich erwarten ließe, so müßten Beschlüsse gefaßt werden, um einerseits Vereine von revolutionärem Charakter zu unterdrücken und um andererseits das Bestehen solcher Vereine, die nützliche Zwecke verfolgten, nicht zu erschweren. Das Resultat dieses Antrags war der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 über die politischen und Arbeitervereine, dessen achter Paragraph

sämmtliche Bundesregierungen im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete, die in ihren Gebieten noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. Durch dieses Schandgesetz, denn Vorläufer des späteren Sozialistengesetzes, wurden benn auch sämmtliche Arbeitervereine gewerkschaftlicher Art erbroffelt.

So waren denn bis auf Weiteres die Hoffnungen, die der Völkerrufing des Jahres 1848 in den Herzen der deutschen Arbeiter geweckt hatte, zu nichte geworden; die Reaktion hatte die Emanzipationsbestrebungen des erwachenden Proletariats mit brutaler Hand im Keime erstickt; ein dumpfer, erslickender Nebel lag wieder über den deutschen Gauen, und der mit Blut gebängte Aker war zu einem großen Freiheitsgrade geworden, auf dem die Schmelzfliegen der Reaktion ihre Orgien feierten. Aber wie lange noch, dann reichte der Riese Proletariat seine Glieder und stellte sich trotzig und selbstbewußt wieder auf die Füße; bräunend wies er den Junkern und Kapitalisten seine schwierigen Fäuste und, im fortwährenden Kampfe erstarkt, steht er nunmehr da, hoffnungsfroh und zukunftsreich.

Und was die damaligen Maßnahmen der Regierungen anbetrißt — sie waren nicht nur ein Verbrechen an der Freiheit der Arbeiter, sie waren mehr als das, eine bodenlose Dummheit. Es war ein Verbrechen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich zusammen zu schaaren gegen die schamlose, schrankenlose Ausbeutung der Kapitalistenklasse; es war aber auch eine Dummheit, durch die Aufhebung der Gewerkschaften den einzigen Damm einzureißen, der die Gesellschaft vor der kapitalistischen Sturmfluth hätte schützen können. Und wenn es nicht minder ein Verbrechen war, die Arbeiter rehdlos zu machen und zu Bürgern zweiter Klasse zu degradiren, so war es eine Dummheit, aus den Köpfen der denkenden Arbeiter das Vertrauen zur Regierung für ewige Zeiten zu vertreiben. Seit jener Zeit wohnt in dem deutschen Proletariat ein unausrottbares Mißtrauen gegen Alles, was von oben kommt; und eine regierungsfremdliche Arbeiterbewegung wird immer ein todtgeborenes Kind bleiben, mögen auch Nationalsoziale und Christlichsoziale in Engelsgedungen zum Volke reden. Ein gebranntes Kind scheut das Feuer, und das Proletariat, das die Bewegung von 1848 und die sich daran anschließenden Vorgänge kennt, hat wahrlich keine Ursache mehr, den gleichnerischen, arbeiterfreundlichen Worten eines beliebigen Regierungsvertreters auch nur ein Jota zu glauben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das ureigenste Werk der Arbeiterklasse selbst sein

— das ist die Folgerung, die wir aus der brutalen Mückschloßlosigkeit der Regierung und aus der jämmerlichen Feigheit der deutschen Bourgeoisie des Jahres 1848 ziehen. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Zuzug von Portefeuliers und Buchbindern ist nach Nürnberg fernzuhalten, da in mehreren Portefeuliersgeschäften Forderungen gestellt wurden und Kündigungen theilweise erfolgt sind.

Die Geschäftsbücherei Fabrik Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Auf der Tagesordnung unserer letzten Mitgliederversammlung stand als erster Punkt: „Das Vorgehen der Zahlstelle Hamburg.“ In der Diskussion hierüber fand die Handlungsweise der Hamburger Zahlstelle entchieden Verurtheilung, da deren Vorgehen nichts anderes bedeute, als gewalttame Zersplitterung der Organisation. Der Verbandsvorstand habe wohl einen taktischen Fehler gemacht, das gäbe aber der Hamburger Zahlstelle nicht das Recht, die Unterstützung eigenmächtig zu erhöhen. Das Vorgehen ist umsonstiger verständlich, als ja der Verbandsvorstand dem Bevollmächtigten daselbst schon vorher Mittheilung gemacht hatte, daß vom 1. Juli ab die Unterstützung erhöht werden wird. Man muß den Eindruck bekommen, daß die Mitglieder in Hamburg von ihrem Bevollmächtigten hierüber nicht orientirt waren, wenigstens nicht in genügendem Maße; folgen dieselben dessen Rufe, dann machen sie sich eines erheblichen Verlustes gegen die Ordnung in der Organisation schuldig. Wenn man sich auf den Boden praktischer Thätigkeit stellt, so muß man einsehen, daß zu einer Kampforganisation auch ein kräftiger Kasernenbestand gehört, es wäre deshalb überhaupt besser gewesen, mit einer Aenderung der Unterstützungshöhe noch zu warten. — Gegen eine eingetragene Resolution wendeten sich verschiedene Redner. Ein weiterer Redner stellt den Antrag, den Verhandlungsgegenstand zurückzustellen bis zur nächsten Versammlung, da der Verbandsvorstand nicht anwesend ist und er unbedingte gehört werden sollte. Dieser Antrag wurde einstimmig abgelehnt, es verwahrt sich die Zahlstelle dagegen, fortgesetzt von auswärtigen Zahlstellen den Vorwurf zu bekommen, sie lasse sich in ihren Beschlüssen vom Verbandsvorstand beeinflussen. Einige Mitglieder verurtheilten, gestützt auf das demokratische Prinzip, den Verbandsvorstand, da er, nachdem die Majorität erhöhte Unterstützung beschlossen habe, diesen Beschluß wieder über den Haufen werfe. Ein anderer Redner protestirt gegen diese Behauptung. Es sei zur Mode geworden, das was der Verbandsvorstand beschließt, zu kritisiren.

Ein „Arbeitschauer“.

Eine wahre Begebenheit.

Die auf dem Neubau arbeitenden Männer und Weiber liefen zusammen und drängten um den alten Mann, der plötzlich mit wachbleichem Gesicht ohnmächtig zu Boden gestürzt war. Jeder wollte helfen, die Einen rannten um Wasser, Andere brachten eine Eßigflasche herbei. Doch alle Mühe erwies sich als vergebens, der alte Mann lag schwerathmend da und war nicht zum Bewußtsein zu bringen. Nach einiger Zeit ließ sich das rollende Pfeifen des herannahenden Ambulanzwagens der Rettungsgesellschaft hören. Der Kranke wurde vorsichtig in den Wagen gebettet, und fort ging's nach dem Krankenhaus.

Im Spital erwachte der Tagelöhner Josef Krüger aus seiner Ohnmacht. Dem Arzte, der um ihn bemüht war, erzählte er, wie es gekommen war. Schon seit Wochen hatte er sich krank und elend gefühlt. Troßdem ging er täglich zur Arbeit, denn was hätte aus ihm und seinem kranken Weibe werden sollen, wenn er nichts verdiente! Der Arzt ließ sich alle Symptome der Krankheit genau erzählen, während er fortfuhr, den Körper des Patienten zu untersuchen. Schließlich wurde der Primararzt herbeigerufen, der Arzt machte ihn auf eine Stelle am Leibe des Kranken aufmerksam, an die nun geklopft wurde. Horchend legte der Professor dann sein Ohr darauf und bestätigte die Vermuthung des jüngeren Arztes. Man hatte ein innerlich wucherndes Geschwür entdeckt, ein äußerst interessanter Fall für die Männer der Wissenschaft. Nur ein chirurgischer Eingriff konnte hier retten, nur das Messer konnte Heilung verschaffen. Doch der alte, in Folge schlechter Ernährung total herabgekommene Mann, war in seiner

gegenwärtigen Körperverfassung nicht dazu geschaffen, eine Operation zu überleben, er wäre zweifellos unter dem Messer gestorben. Es galt, ihn durch einige Zeit zu kräftigen.

So gute Tage, wie sie jetzt kamen, hatte Krüger in seinem ganzen Leben noch nicht gehabt. Täglich bekam er Braten, Weisflisch, Wein und Alles, was er sich wünschte. Der Patient gebieh bei dieser Kost zusehends und war nach zwei Wochen operationsfähig. Eines Tages lag er narkotisiert auf dem Operationstisch, ruhig und sicher führte die Meisterhand des alten Professors das Instrument. Der Kranke wurde in sein Bett zurückgetragen, er war gerettet. Gerettet? . . .

Einige Wochen nachher verließ Krüger auf Krücken das Krankenhaus. Das rege Treiben auf der Straße, dem er so lange entrückt war, machte ihn den Kopf schwindig. Er hatte kaum hundert Schritte zurückgelegt, als er sich erschöpft an eine Mauer lehnen und ausruhen mußte. Ein Passant blieb stehen, langte aus der Tasche ein Geldstück heraus und drückte es dem Alten in die Hand. Der bleiche kranke Mann sah aber auch so mißliebend aus, daß mehrere Fußgänger, von seinem Anblick gerührt, ihn besenkten. Dit mußte Krüger stehen bleiben, und es dauerte mehr als zwei Stunden, bis er vor seiner Behausung stand. Er klopfte an die Thüre. Ein fremdes Weib öffnete und fragte ihn nach seinem Begehre. Krüger erfuhr, daß sich sein Weib bei einer Nachbarin in Pflege befinde. Er begab sich dorthin. Die Nachbarin, eine arme Arbeiterfrau, hatte sich, als er in das Spital gebracht worden war, mittheilend der Kranken angenommen und das Wenige, was sie besaß, mit ihr getheilt. Nun war der „Ernährer“ ja wieder da. Krüger händigte die wenigen Kreuzer, die er als Almosen erhalten hatte, seinem

Weibe ein. Das Geld reichte aus, die verschiedenen Bedürfnisse der beiden Alten für zwei Tage zu decken. Am dritten Tage stand der Mann mit der Krücke an einer Straßenecke und — bettelte. Einen schweren Kampf hatte der Arbeiter mit sich selbst bestanden, bis er zu diesem Entschluß gekommen war. Aber was blieb ihm denn sonst übrig? Arbeiten konnte er nicht, und hungern wollte er mit seinem Weibe auch nicht.

Tag für Tag konnte man nun Krüger an irgend einer Straßenecke stehen und betteln sehen. Mehrmals wurde er dabei arretirt. Das erste Mal war das für den Mann, der nie in seinem Leben mit Polizei oder Gerichten zu thun gehabt hatte, etwas Furchtbares gewesen, später beruhigte es ihn wenig mehr. Die Strafrichter der Bezirksgerichte sprachen ihn immer frei, da ihn der Polizeiarzt für arbeitsunfähig bezichtigt hatte.

Die fortschreitende Genesung machte Krüger nach einiger Zeit den Gebrauch der Krücken entbehrlich. Er ging in das Krankenhaus und fragte, ob er schon wieder arbeiten dürfe. Die Antwort lautete: „Ja, doch nur ganz leichte Arbeit.“ Ganz leichte Arbeit? Wo sollte er solche finden? Er ging auf die Suche, suchte den ganzen Tag vergeblich und mußte am Abend wieder betteln, um einige Kreuzer seinem Weibe heimbringen zu können. Doch diesmal bekam er nichts. Der Mann ohne Krücken erregte kein Mitgefühl. — Hungrig legte er sich zu Bette. Tags darauf suchte er wieder „leichte Arbeit“. Als er bis Mittag nichts gefunden hatte, gab er das Suchen auf. Der Hunger quälte ihn, auch sein krankes Weib zu Hause mußte hungern sein. Durch die Erfahrung des gestrigen Tages gewisigt, halte er sich erst seine Krücken und stellte sich dann auf die Straße betteln. Diesmal besenkten ihn die Leute wieder. Nach zwei Stunden wollte er nach Hause

Wenn eine Kritik berechtigt ist, dann unterstütze er sie, wenn solche jedoch ausartet, wie es hier der Fall ist, dann muß man sich dagegen verwahren. Das Ganze sei nur eine Wadenkloppel des Kollegen Bork, die nicht geduldet werden darf. Dem Verbandsvorstand müsse das Recht eingeräumt werden, nach der Kasse zu sehen, ob sie für eventuellen Streik genügend fundirt ist, es müsse ihm deshalb auch das Recht zustehen, die Unterstützung nach den Kassenverhältnissen zu bestimmen. — Der Einbringer dieser Resolution plaidirt nochmals für Annahme derselben, denn es sei unsere Aufgabe, gegenüber dem Verhalten der Hamburger Zahlstelle entschiedene Stellung zu nehmen, da wir sonst zu ganz anarchischen Zuständen in der Organisation kämen. Die meisten nachfolgenden Redner sprachen sich ebenfalls zu diesen Ausführungen zustimmend aus, worauf folgende Resolution (unter Streichung eines etwas zu scharf gefaßten Nachsatzes) zur einstimmigen Annahme gelangt: „Die am 19. März tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart verurteilt entschieden das Vorgehen der Zahlstelle Hamburg gegen die Beschlüsse des Verbandsvorstandes, die Einführung der erhöhten Unterstützung betreffend. Nachdem die Zahlstelle Hamburg doch durch ihren Bevollmächtigten von den Absichten des Verbandsvorstandes, die erhöhte Unterstützung mit dem 1. Juli in Kraft treten zu lassen, in Kenntniß gesetzt sein mußte, entbehrt das Verlangen, die Unterstützungserhöhung eigenmächtig mit dem 1. April einzuführen zu wollen, jeder Berechtigung.“ — Als zweiter Unterstützungsauszahlter wurde an Stelle des Kollegen Ellermann Kollege Häberle gewählt.

Aus Heilbronn geht der Redaktion unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes nachfolgendes zur Aufnahme zu: Auf den in der Buchbinder-Zeitung Nr. 7 vom 12. Februar über uns erschienenen Artikel, welcher uns leider erst vor wenigen Tagen zu Gesicht kam, haben wir Folgendes zur Nichtigstellung zu erwidern:

„Wem es bei uns nicht paßt, kann gehen.“ Diese, wie der Einsender des verleumderischen Artikels meint, prophanste Äußerung halten wir auch heute noch fest, denn jedem Unbefangenen muß doch klar sein, daß damit nichts anderes gesagt ist, als daß derjenige Arbeiter, welcher glaubt, sich nicht in die von uns gewünschte Ordnung fügen zu können, oder welschem der bei uns verbiente Lohn zu gering erscheint, jederzeit das Recht hat, sich ein besseres Arbeitsverhältnis zu suchen.

Wenn unsere Leute, mit denen wir in durchaus loyalster Weise verkehren und von welchen ein Teil seit der Gründung unseres Geschäftes bei uns thätig ist, wie der Einsender glaubt, nicht sofort die richtige Antwort gegeben haben, so mag doch wohl der Hauptgrund dazu darin liegen, daß unsere Lohnverhältnisse nicht gar so schlecht sind, wie uns solche in dem fraglichen Artikel zugemutet werden.

gehen, da legte sich eine Hand auf seine Schulter, ein Wachmann stand neben ihm und erklärte ihn für arreirt. Krüger übernachtete im Arrest, sein Weib mußte zu Hause hungern. Am Morgen darauf kam der Polizeiarzt und untersuchte den „Eingelieferten“. Krüger wurde als arbeitsfähiger „Simulant“ bezeichnet. Mittels Schubwagen lieferte man ihn mit mehreren Schicksalsgenossen dem Bezirksgericht ein, wo er gegen Mittag dem Strafrichter vorgeführt wurde. Mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit wurde der „Simulant“ bloß zu drei Tagen Arrest verurteilt. Nach verbüßter Strafe ging es wieder an die Suche nach Arbeit, wieder vergebens. Krügers Weib hatte in einem Spital Aufnahme gefunden, er hatte nun nur mehr für sich allein zu sorgen. Viel brauchte der Mann wahrlich nicht zu seinem Lebensunterhalt, aber das Wenige mußte er sich erbetteln. Eine Arretirung folgte der anderen, jede hatte eine Verurteilung im Gefolge. Die Strafen wurden immer größer, der frühere Arbeiter war ein polizeil- und gerichtsbekannter „Bagabund“ geworden. So wurde er wenigstens von den Behörden bezeichnet. Die letzte Strafe hatte auf einen Monat durch Fasten verstärkten Arrestes gelaftet. Gleichzeitig hatte der Richter dem Häftling gedroht, ihn das nächste Mal der Zwangsarbeitsanstalt zu übergeben. Krüger verließ nach einem Monat den Arrest. Am ersten Tage begab er sich in das Spital, um sein Weib zu besuchen. Er sollte die treue Lebensgefährtin nicht mehr sehen. Vor einer Woche hatte man sie in die Erde gebettet. Er ging nach Hause. Dort saß er Stunden lang und grübelte nach. Was hatte er denn verbrochen, um so elend zu werden? Warum nannten sie ihn denn einen Bagabunden, ihn, der sich sein ganzes Leben hindurch geradert und geschunden hatte, der immer gearbeitet hatte wie ein Last-

Wir bezahlen an unsere Buchbinder und an die in unserer Buchbinderlei beschäftigten Hilfspersonen folgende Wochenlöhne:

An 9 verheiratete Arbeiter zusammen Mk. 209, — = ein durchschnittlicher Lohn von Mk. 23,20 pro Arbeiter; an 7 unverheiratete Arbeiter von 20 bis 25 Jahren Mk. 124, — = Mk. 18, —; an 25 unverheiratete Arbeiter von 17 bis 19 Jahren Mk. 316, — = Mk. 12,50; an 20 jugendliche Arbeiter, Lehrlinge, von 14 bis 16 Jahren Mk. 105, — = Mk. 5,50; an 10 Arbeiterinnen über 16 Jahre Mk. 95, — = Mk. 9,50; an 8 jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren Mk. 56, — = Mk. 7, — pro Arbeiterin.

Außerdem entlohnen wir unseren sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, auch den Akkordarbeitern, seit Jahren alle in die Woche fallenden Feiertage, wie Charfreitag, Ostermontag, Pfingstmontag, Fronleichnam u. s. w. und übernehmen dazu noch die volle Bekreitung der Krankentassengelder. Was müssen wir noch mehr thun, um uns die Gnade und Günst des Einsenders zu sichern? Kann hier von Ausbeutungswuth und Fabrikpaktas gesprochen werden?

Was die Kündigung des Bevollmächtigten der Buchbinderorganisation betrifft, so sind wir darüber Niemanden Rechenschaft schuldig. Ebenso wenig wie wir von einem Arbeiter Rechenschaft verlangen, wenn er uns kündigt, ebenso wenig lassen wir uns im Falle einer Kündigung unsererseits zur Verantwortung ziehen, am allerwenigsten aber von dritten Personen, welche unserem Geschäft fernstehen.

Wir vertehren in jeder Lage, auch in der mißlichsten, gerne direkt mit unseren Leuten; wir halten dies so seit 17 Jahren und werden es ferner so halten, wie wir hoffen zu Nutz und Frommen aller theilhaftigen Kreise.

Kann uns der Einsender vielleicht sagen, wo der Gesetzesparagraph zu finden ist, nach welchem wir die Wahl eines Arbeiterausschusses vornehmen müssen? Zu seiner Verhütung mag ihm aber dienen, daß wir uns trotzdem mit dem Gedanken der Bildung eines solchen bereits vertraut gemacht haben. Wir kennen unsere Verpflichtungen, welche wir dem Gesetz gegenüber haben, genau, wir wissen aber auch, was wir unseren Arbeitern als Mitmenschen gegenüber schuldig sind.

Kennt der freundliche Einsender seine Verpflichtungen auch?

Zum Schlußwort sei noch erwähnt, daß wir wohl im Rechte sind, wenn wir sagen: „Wer mit den unter Aufsicht unseres Werkführers festgesetzten Akkordsätzen seinen Taglohn nicht erreicht, muß gehen.“ Derjenige Arbeiter, welcher bei unseren Ansätzen im Akkord nicht auf seinen Wochenlohn kommt, will oder kann nicht arbeiten. Würde der Herr Einsender an unserer Stelle solche Leute mit verbindlichem Lächeln entlohnen? Neben-

thier? Zu leichter Arbeit soll er noch tauglich sein. Ja, warum giebt man ihm dann nicht leichte Arbeit? Er hat reblich danach gesucht. Und jetzt droht man ihm mit Zwang? Man braucht ihn nicht zur Arbeit zu peitschen, er wäre ja froh, eine Arbeit, die er zu verrichten befähigt ist, freiwillig machen zu dürfen. Aber er findet ja nichts. Krüger verbrachte eine schlaflose Nacht.

Am nächsten Morgen stand er auf. Heute muß er Arbeit finden, gleichviel ob leicht oder schwer. Ohne gefühlstüdt zu haben, verließ er seine armselige Kammer und trat mit hungrigem Magen hinaus auf die Straße. Gegenüber wurde ein Prachtbau aufgeführt. Dort meldete er sich und wurde als Tagelöhner aufgenommen. Man stellte ihn zum Mörtelaufzuge. Kaum fünf Minuten hatte er die Winde brechen geholfen, da fuhr ihm ein wüthender Schmerz durch die Eingeweide. Er mußte sich für einige Minuten niederlegen, um sich zu erholen. Dann verließ er, ohne ein Wort zu sagen, den Neubau. Dort an der Straßenecke stand ein Sicherheitswachmann, der ihn schon einige Male arreirt hatte. Der Mann bekommt heute wieder zu thun. Den nächsten Passanten bettelt Krüger mit abgezogenem Hute an. Jetzt war ihm Alles gleichgiltig, er wollte in die Zwangsarbeitsanstalt kommen. Dort braucht er wenigstens nicht zu verhungern. Krüger wurde arreirt.

Nach zwei Monaten, so lange hatte seine Arresthaft diesmal gedauert, wurde Krüger unter Eskorte nach der Zwangsarbeitsanstalt gebracht. An der Thorschwelle dort stürzte er, vom Herzschlag getroffen, todt zusammen. Das Erschimmte war dem alten „Bagabunden“ wenigstens erspart geblieben.

Frik Kieberer. (Hamb. Echo.)

den Akkordsätzen ist ein Wochenlohn deshalb festgesetzt, damit die Leute bei Arbeitsmangel und den angeführten Feiertagen wissen, was sie pro Tag und Woche als Minimum zu beanspruchen haben.

Es wäre vernünftiger, wenn sich der Artikelschreiber mit uns auf den Standpunkt stellen würde, zu suchen, Gegenstände im gegenseitigen Vertrauen und Pfllichtgefühl zu beseitigen, als in wirklich leichtfertiger, unverantwortlicher Weise den Zankapfel in bis jetzt ungetrübte Verhältnisse zu werfen.

Auf die uns angeonnenen verleumderischen Anschuldigungen haben wir Vorstehendes als erstes, aber auch als letztes Wort zu erwidern.

Heilbronn, den 26. März 1898.

Baier & Schneider.

Anmerkung der Redaktion. Wir nehmen an, daß der Einsender des Berichts in Nummer 7 sich zu dieser Erwiderung äußern wird und unterlassen deshalb für heute Bemerkungen zu den Auslassungen der Herren Baier & Schneider zu machen.

Mürnberg. Die Mitgliederversammlung vom 19. März nahm Stellung zu den Hamburger Beschlüssen, kritisierte das Verhalten des Verbandsvorstandes und beschloß auf Antrag des Kollegen Ottowa, der Aufforderung der Hamburger nachzukommen und ab 1. April die erhöhte Unterstützung auszusahlen. Dieses wurde beschlossen, trotzdem verschiedene Redner sich auf den Standpunkt stellten, daß ein derartiges Vorgehen die Einigkeit nur zerstören könne.

Erlangen. Am Sonntag den 20. März wurde vom Vertrauensmann für Nordbayern, Kollegen Zöllner in Fürth, eine Verwaltungssitzung der drei Zahlstellen Nürnberg, Fürth und Erlangen nach Bruch b. E. einberufen. Auf der Tagesordnung stand erstens das Verhalten der Hamburger Zahlstelle gegenüber dem Verbandsvorstand; zweitens Arbeitsnachweis.

Zunächst giebt Laier-Nürnberg Bericht von der am 19. März in Nürnberg abgehaltenen Versammlung, wonach dasselbst mit 16 gegen 13 Stimmen der Beschluß der Hamburger Kollegen angenommen wurde. Das gestaltete sich nun aber in der Verwaltungssitzung anders. Hirschler-Erlangen tadelt das eigenmächtige Vorgehen der Hamburger Kollegen, da nachdem vom Verbandsvorstand nach dort die Nachricht gegeben wurde, daß die Unterstützung vom 1. Juli in erhöhtem Betrag zur Auszahlung kommen wird, keinerlei Berechtigung zu solchem Vorgehen vorgelegen hat. Redner befürchtet, daß dadurch der Verband geschädigt werden könne. Laier-Nürnberg verteidigt das Verhalten der Hamburger und Nürnberger Majoritäten, der Verbandsvorstand habe den Fehler begangen und sich einer Statutenverletzung schuldig gemacht, nachdem durch Urabstimmung der Antrag Ologau angenommen war, das Urabstimmungsergebnis nicht respektirt zu haben. Thierau-Erlangen ist ein entschlossener Gegner des Vorgehens der Hamburger; wo soll das hinführen, wenn einzelne Zahlstellen den Anordnungen des Verbandsvorstandes nicht Folge leisten, sondern eigenmächtig vorgehen! Wenn auch im letzten Bericht von der Zahlstelle Erlangen in unserer Zeitung den Hamburgern zugestimmt wurde, so ist es doch in jeglicher Zeit nicht am Platze, so scharf gegen den Verbandsvorstand vorzugehen. Zöllner-Fürth bezeichnet in längeren Ausführungen das Vorgehen der Hamburger als verwerflich und bittet die Verwaltungsmitglieder der vertretenen drei Städte, den Hamburger Antrag absolut abzulehnen. Nach weiterer Debatte wird eine von Zöllner eingebrachte Resolution mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen. Diefelbe lautet:

„Die heutige gemeinschaftliche Sitzung bedauert das Vorgehen der Zahlstelle Hamburg. Sie sieht wohl ein, daß der Verbandsvorstand einen Fehler gemacht, der aber doch nicht dazu berechtigt, daß einzelne Zahlstellen einen minbefens ebenso großen Fehler begehen dürfen. Die Sitzung spricht die Hoffnung aus, daß andere Zahlstellen sich nicht an Hamburg anschließen werden, und daß diese ihren Beschluß wieder rückgängig machen wird.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Arbeitsnachweis, kann wegen vorgeschrittener Zeit nicht gründlich behandelt werden. Beschlossen wird, ein Formular auszuarbeiten. Diefes übernimmt Kollege Josef-Nürnberg, welcher es den Bevollmächtigten in Nürnberg und Fürth zur Begutachtung unterbreiten soll. Der Arbeitsnachweis soll in Nürnberg geführt werden. Die Sitzung endete 6 1/2 Uhr.

M. Thierau.

Berlin. Die hiesige Zahlstelle hielt am Montag den 21. März ihre Mitgliederversammlung ab. Da der Referent, Herr Ingenieur Grempe, noch nicht er-

schienen war, wurde zum folgenden Punkte der Tagesordnung: „Das Vorgehen der Hamburger Zahlstelle“, übergegangen. Hierzu verlas Kollege Seyfarth einen Brief aus Hamburg, welcher Mitteilung von dem Beschlusse einer Hamburger Mitgliederversammlung macht; derselbe besagt, da der Verbandsvorstand die durch Urabstimmung erhobte Arbeitslosenunterstützung noch nicht einzuführen gedenkt, dieselbe vom 1. April ab in Hamburg eigenmächtig eingeführt werden soll (siehe Artikel in Nr. 12 dieser Zeitung). Im Auftrage der Bevollmächtigten empfiehlt Kollege Seyfarth folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin kann sich mit dem Vorgehen der Hamburger Zahlstelle nicht einverstanden erklären. Sie erblickt in dem Vorgehen derselben eine Schädigung der Organisation und erwartet von den Hamburger Kollegen, daß dieselben in Folge der Mitteilung des Verbandsvorstandes in Nr. 12 unserer Zeitung, wonach vom 1. Juli die durch Urabstimmung festgesetzte Unterstützung zur Auszahlung kommen soll, ihren Beschluß vorläufig rückgängig zu machen.“

In der sich anschließenden regen Debatte wandte sich zunächst Kollege Sattler gegen die vorliegende Resolution, indem er das Vorgehen der Hamburger Kollegen als durchaus gerechtfertigt erklärt; es wäre Pflicht des Zentralvorstandes gewesen, vor der Urabstimmung auf die Kassenverhältnisse hinzuweisen; da die Majorität die Erhöhung der Unterstützungsätze beschlossen hat, habe sich der Zentralvorstand der Majorität zu fügen. Die Notiz des Verbandsvorstandes in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“ spreche nur die Hoffnung aus, vom 1. Juli ab die erhöhte Unterstützung zur Auszahlung zu bringen, etwas Bestimmtes wäre dieses nicht. Er unterbreitet der Versammlung nachfolgende Resolution:

„Die Zahlstelle Berlin billigt das Vorgehen der Hamburger Kollegen. Die Berliner Verbandsmitglieder erlauben dem Verbandsvorstand, den Beschluß der Zahlstelle Hamburg zu sanktionieren und die Unterstützung, so wie sie durch die Urabstimmung festgesetzt wurde, vom 1. Mai dieses Jahres an einzuführen. Sollte sich der Verbandsvorstand hierzu nicht entschließen können, dann würde die Zahlstelle Berlin auch ohne seine Zustimmung vom 1. Mai an die erhöhte Unterstützung ausbezahlen und auf diese Weise dem bindenden Urabstimmungsbeschluß Geltung verschaffen.“

Kollege W. Hoffmann bezeichnet das Verhalten des Verbandsvorstandes laut § 33 als korrekt. Nach seiner Überzeugung habe die Höhe der Unterstützung bei der Agitation keinen besonderen Werth, sondern daß überhaupt Arbeitslosenunterstützung gewährt würde, sei von Wichtigkeit. Kollege Krause machte den Vorschlag, die Beschlußfassung über diesen Punkt in einer Generalversammlung vornehmen zu lassen. Kollege Oberhardt spricht sich für das Vorgehen der Hamburger aus. Kollege Bergmann bezeichnet es als einen nicht wegzuleugnenden Fehler des Zentralvorstandes, auf die etwaigen Folgen bei Annahme des Antrags auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung nicht hingewiesen zu haben. Das Vorgehen der Hamburger bezeichnet er aber als zu weitgehend, erklärt sich aber mit dem Vorschlage Krauses, eine Generalversammlung über diesen Punkt beschließen zu lassen, einverstanden. Nachdem sich noch einige Kollegen über diesen Punkt geäußert hatten, wurde die Resolution des Kollegen Sattler angenommen. — Wegen zu weit vorgeschrittener Zeit wurde ein Antrag auf Ablegung des Vortrages von der Tagesordnung angenommen und derselbe auf die nächste Versammlung vertagt. Ein Antrag des Bevollmächtigten, den streikenden Schuhmachern am Orte 100 Mk. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß auf Beschluß der Bevollmächtigten bei Wertmann, Sebastianstraße 47, eine Zahlstelle errichtet worden ist, die zu jeder Tageszeit geöffnet ist, da der Inhaber selbst Mitglied unseres Verbandes ist und Marken übernommen hat. Hierauf gab Kollege Bergmann die Erklärung ab, daß er die erhöhte Arbeitslosenunterstützung laut Beschluß der heutigen Versammlung vom 1. Mai ab ausbezahlen wird, aber jede weitere Verantwortung nicht übernimmt. (Wir machen darauf aufmerksam, daß in voriger Nummer der Verbandsvorstand ausdrücklich betont: „Eine Abgabe höherer Unterstützung, als zur Zeit allgemein im Verband festgesetzt und eingeführt, kann nicht auf Rechnung des Verbandes gehen, sondern fällt den Auszahlern beziehungsweise der Zahlstelle zur Last, welche solche Fehler machen.“ Die Red.) Betreffs Errichtung eines Verkehrlotals wurde ein endgültiger Beschluß nicht gefaßt. — Nachdem der Bevollmächtigte Mitteilung von der

am 14. März bei Schiller, Rosenthalerstraße, einberufenen Bezirksversammlung, die wegen zu schwacher Beteiligung nicht abgehalten werden konnte, gemacht hatte, wurde von einer weiteren Bezirksversammlung Abstand genommen. Zum Schlusse wurde noch auf die am Sonntag den 3. April stattfindenden Delegirtenwahlen zur Ortskrankenkasse der Buchbinder und auf die Wichtigkeit der Beteiligung aller Mitglieder an denselben aufmerksam gemacht.

Am Sonnabend den 19. März beging die hiesige Zahlstelle in Stechers Festsälen, Andreasstraße 21, die Feier ihres ersten Stiftungsfestes; dieselbe wurde durch Vokal- und Instrumentalkonzert, unter Mitwirkung des Buchbindermännerchors eingeleitet. Die Festrede wurde vom Kollegen Brüdner gehalten und erwähnte derselbe in kurzen Worten die Gründung des damaligen Fachvereins der Buchbinder, sowie seine Entwicklung bis zur heutigen Zahlstelle Berlin. Am Schlusse seiner Rede sprach er die Hoffnung aus, daß alle Mitglieder und Freunde unseres Verbandes dafür wirken möchten, diesen immer neue Mitglieder zuzuführen, damit unsere Mitgliederzahl sich bald vervielfachen möge. Zum Schlusse sei noch des Friedrichsbägener Arbeitergesangvereins „Maingruß“ gedacht, welcher seinerseits durch einige Gesangsvorträge die Festtheilnehmer erfreute. Der nachfolgende Ball hielt die Mehrzahl der Teilnehmer bis zum frühen Morgen zusammen.

Schwerin i. M. Zum Sonnabend den 26. März waren hier auf Anregung der Zahlstelle Lübeck von den hiesigen Verbandskollegen (sieben an der Zahl) die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen brieflich eingeladen.

Von den neun eingeladenen Kollegen waren erschienen zwei. Referent war Kollege Kröber, Bevollmächtigter der Zahlstelle Lübeck, dessen Vortrag: „Warum müssen wir uns organisieren?“ mit Beifall aufgenommen wurde und den guten Erfolg hatte, daß sich die beiden erschienenen Kollegen in den Verband aufnehmen ließen. Dieselben versprachen, das Ihrige zu thun, noch einige Kollegen heranzuziehen, um hier eine Zahlstelle zu gründen. Der Vorschlag, betreffend Gründung einer Zahlstelle wurde jedoch abgelehnt, mit Rücksicht darauf, daß die Mitgliederzahl sich voraussichtlich im Sommer um ein Drittel verringern würde.

Kollege Vinn, Kassier der Zahlstelle Lübeck, hatte sich der Agitationstour des Kollegen Kröber angeschlossen; es reisten dieselben am Sonntag Morgen halb 9 Uhr von hier nach Rostock, wo auf 11 Uhr Vormittags eine Versammlung anberaumt war, begleitet von den Wünschen der hiesigen Kollegen, dort noch bessere Erfolge zu erzielen.

Bielefeld. In unserer letzten Versammlung vom 27. März wurde der Punkt der Tagesordnung: „Das Vorgehen der Zahlstelle Hamburg“, durch Annahme folgender Resolution mit allen gegen drei Stimmen erledigt:

„Die Zahlstelle Bielefeld sieht die Handlungsweise des Verbandsvorstandes als den Umständen angepaßt an, und bebauert das Vorgehen der Zahlstelle Hamburg. Sie erwartet, falls die Zahlstelle Hamburg die erhöhte Unterstützung einführt, sie dieselbe auch aus der Lokalkasse entnimmt.“

Leipzig. Am Sonnabend den 26. März fand im Albergarten eine große öffentliche Versammlung aller in Buchbindereibetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, einberufen von der Tarifkommission mit der Tagesordnung: 1. Der Tarif in Gefahr. 2. Gewerkschaftliches. Trotzdem Jupiter pluvius vom Aegir, dem Herrn der Fluthen, den halben Ocean gepumpt zu haben schien, um Leipzig mit dem nassen Element zu überschütten, war der Besuch doch ein überaus zahlreicher, da der große Saal des Albergartens fast bis auf den letzten Platz gefüllt war — der beste Beweis dafür, wie sehr der Tarif in der Kollegenschaft Wurzel geschlagen hat.

Zum ersten Punkte referirte Kollege Weismann, indem er eingangs seiner Rede hervorhob, daß gleich den grauen Wolken am heutigen Abendhimmel, die wohl manchen Besucher ferngehalten hätten, auch über das Fortbestehen des Tarifs graue Wolken sich aufzuhäufen schienen, die sich aber in den letzten Tagen anscheinend verzogen hätten, so daß man vielleicht nicht mehr in so hohem Maße sagen könne: Der Tarif ist in Gefahr! Redner verliest hierauf einige Briefe von der Vereinigung Leipziger Buchbindereibesther, gerichtet an die Tarifkommission, aus denen hervorgeht, daß die Prinzipale verlangen, in allen Betrieben, die sich mit Buchbinderarbeiten befassen, den Tarif zur Geltung zu bringen, selbst in kleinen Betrieben, die kaum dauernd ein bis zwei Gehilfen beschäftigen. Außerdem

wollen sie eine Revision des Tarifs, besonders bezüglich der Hefterinnen und Marmorirer, indem einzelne der Ersteren bei normaler Arbeitszeit bis 28 Mark die Woche verdienen, Letztere sogar 60 bis 80 Mark. Des Ferneren theilen die Prinzipale durch Protokollauszug mit, daß sie bereits in ihren Versammlungen einseitig die Auslegung des Tarifs bezüglich verschiedener Pressarbeiten vorgenommen hätten. Als stereotypischer Schluß der bezeichneten Briefe erfolgt stets die Drohung: Wenn ihr das oder das nicht macht, kündigen wir den Tarif. Redner führt nun aus, wie der jetzige Standpunkt der Prinzipale von dem früher eingegangenen völlig abweiche und bringt zum Beweise dessen Stellen aus früheren Briefen der Prinzipale zur Verlesung, in denen gesagt wird, daß die „Einführung eines Tarifs zur dringenden Nothwendigkeit geworden sei“, „daß sie (die Prinzipale) sich durch hohe Konventionalstrafen verpflichteten, denselben einzuhalten.“ Auch in Bezug auf die kleinen Meister wären gerade die Prinzipale es gewesen, welche diese wirtschaftlich Schwachen von den Tarifbestimmungen ausgenommen wissen wollten. Und nun? Nun wolle man in einseitigster Weise vor der Zeit den Tarif kündigen, welches um so weniger zu begreifen sei, als die Prinzipale durchaus eine fünfjährige Dauer des Tarifs ursprünglich haben wollten. Wir brauchen aber solche Drohungen nicht so sehr zu fürchten, wenn wir einig und bereit wären, jeden Ansturm auf den Tarif abzuwehren. Nachdem der Referent unter lebhaftem Beifall geendet, gerpflüchte der nachfolgende Redner, Kollege Kloth, die einzelnen Herzenswünsche der Prinzipale mit heftiger Schärfe. Er stellte das Einkommen unserer Kollegen dem ehemaligen Buchbindergesellen gegenüber, die ein Einkommen haben, dessen Höhe eher zu der Befürchtung Anlaß gebe, es könnte zur sittlichen Verlesung beitragen. Reisen nach Italien zur Erhaltung der Gesundheit respektive Erholung lasse sich Redner noch gefallen, dagegen wären solche in Begleitung schöner Mädchen nicht beweisführend für das schlechte Einkommen dieser ehemaligen Buchbindergesellen. — Wenn speziell der Obermeister der hiesigen Innung fortwährend an die Tarifkommission mit Forderungen kommt, die Kleinmeister betreffen, so erfüllt Ersterer respektive die Innung ihre Pflicht schlecht, da es doch Aufgabe der letzteren ist, das Handwerk zu schützen. Redner gehe jedoch noch weiter; auch in den kleinsten Werkstuden müsse der Tarif eingeführt werden, wir haben auf Kleinmeister keine Rücksicht zu nehmen, die in solchen Werkstuden thätigen Kollegen und Kolleginnen sollen sich an die Tarifkommission wenden. Er, Redner, glaube wohl, daß Süddeutschland Leipzig Konkurrenz macht und betrachtet es als Aufgabe des Verbandes, in ganz Deutschland den Tarif zur Einführung zu bringen, jedoch ist es Pflicht der Kollegen und Kolleginnen dafür zu sorgen, daß der Verband die Kraft dazu erhält. Redner spricht namentlich den Arbeiterinnen warm ans Herz, daß sie nicht wieder in den alten Schandrian zurückfallen, gerade sie wären durch unsere Bewegung bedeutend verbessert worden; die paar Pfennige, die die Organisation verlangt, verdienen sie jetzt vielmal mehr. Er fordert die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß alle Kollegen und Kolleginnen dem Verband und, soweit sie das 21. Jahr erreicht, auch dem Fachverein angehören. Von dem aber, was wir geschafft und errungen, wollen wir uns unter allen Umständen nichts nehmen lassen. Mit unserem alten Rufe: „Hoch die Organisation, hoch der Tarif!“ schloß Kloth unter stürmischem Beifall.

Zunächst giebt der Vorsitzende, Kollege Kloth, die betäubende Nachricht von dem Hinscheiden eines braven Mitkämpfers, des Kollegen Ernst Ungethüm; er sei es gewesen, der mit dafür gesorgt, daß in der Werkstube Fikentscher unsere Forderungen durchgedrückt wurden. Mögen die dort Beschäftigten dafür sorgen, daß das Errungene erhalten bleibt. Die Versammlung ehrt den Verstorbenen in der üblichen Weise.

An der Debatte theilnehmen sich noch die Kollegen Galisch, Friisch und Mey, Ersterer sich hauptsächlich gegen die Meinung einzelner Prinzipale wendend, daß bei 504 Dedern beim Pressen der Prozentzuschlag wegfällt, resp. bei 1004 der Prozentabzug stattfindet; er erwähnt besonders die Kolleginnen, fest zur Organisation zu stehen.

Friisch stellt fest, daß bei dem einen Marmorirer, der den hohen Verdienst haben soll, dies lediglich dessen physischer Kraft und langjähriger Übung zuzuschreiben ist, was ja selbst sein Prinzipal einseht, dem er auch nicht zu viel verdient. Die Fadenhefterin, die in einer Woche 28 Mark verdient, hat es verdient, weil die Arbeit brängte, deshalb die Maschine auf den schnellsten

Gang gestellt und außerdem ein Mädchen zum Abschneiden und Wegfehen beigegeben war.

Wey findet in den „Schiebungen“ der Prinzipale das bestätigt, was er am Beginn der Tarifbewegung befürchtet hat; nun sagen wir hier wie auf — gepfropft. (Allgemeine Heiterkeit.)

Folgende Resolutionen wurden (erstere einstimmig, die zweite gegen 3 Stimmen) angenommen:

I.

„Die heute am 26. März im Albertgarten tagende Versammlung aller in Buchbinderbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verurteilt entschieden das Durchbrechen des Tarifs und den Bruch ihres eigenen Wortes seitens einzelner Prinzipale. Sie mißbilligt ebenso entschieden die Drohung: den Tarif einseitig und vorzeitig zu kündigen, erwartet aber andererseits von den Kollegen und Kolleginnen, daß sie nach wie vor für die strikte Durchführung des Tarifs mit allen gesetzlichen Mitteln eintreten und dahin wirken, daß der Tarif auch in kleinen Betrieben mit unter 10 Arbeitern zur Durchführung gelangt und baldmöglichst auch in anderen Hauptplätzen unseres Berufs nachdrücklich die Tarifbestimmungen in ihren wesentlichen Theilen zur Geltung kommen. Die Ausführung dieser Forderungen betrachtet die Versammlung als wesentliche Aufgabe des Verbandes für Deutschlands Buchbinder. Aber andererseits ist die Versammlung der Meinung, daß auch die Prinzipale mehr wie bisher, getreu ihrer durch das Vorwort (siehe dieses) des Tarifs gegebenen Pflicht, für die allgemeine Durchführung des Tarifs mit allen gesetzlichen Mitteln eintreten und endlich an das Königlich Sächsische Staatsministerium das bereits im Herbst 1897 ausgearbeitete Gesuch abschenden, welches besagt, daß Staats- und Gemeinbearbeiten nur an tarifstreue Firmen vergeben werden. Die heutige Versammlung verpflichtet aufs Nachdrücklichste sämtliche Kollegen und Kolleginnen, dem Verbands sowie dem Fachverein beizutreten, und erwartet von den Prinzipalen, daß sie diesem Bestreben, als dem wichtigsten Mittel zur allgemeinen Durchführung des Tarifs, keine Hindernisse in den Weg legen werden.“

II.

„Die heutige Versammlung lehnt eine Revision des Tarifs im Sinne der Prinzipale entschieden ab, und erteilt ihren Tarifbelegirten nur die Vollmacht, widersinnige Fehler im Tarif zu beseitigen.“

Zum zweiten Punkt ergreift Kollege Kloth nochmals das Wort, um in beredten Worten die Anwesenden aufzufordern, schon jetzt dafür zu sorgen, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl Männer gewählt werden, die das Herz am rechten Fleck haben. Die Zeit ist ernst, von allen Seiten droht Gefahr. Männer, wie Herr v. Stumm und Konforten scheuen nicht davor zurück, dem Arbeiter auch noch das spärliche Koalitionsrecht zu rauben. Da heißt es nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch im politischen Leben thätig zu sein. Nebner ist überzeugt, daß die Berufs Kollegen und Kolleginnen bei den bevorstehenden Wahlen ihre Schuldigkeit thun werden. (Lang anhaltender Beifall.) Kollege Schäble warnt vor Beeinflussungen und falschen Auslegungen des Tarifs. Weichmann erwartet, daß Jedermann im Besitze eines Tarifs ist.

Kollege Kloth schließt hierauf die Versammlung. Die Anwesenden verlassen den Saal unter Abfingen des Sozialistenmarsches.

Eingefandt.

Karlruhe. Wenn man die Erwidrerung des Herrn Chr. Blank in Nummer 12 der „Buchbinder-Zeitung“ mit Aufmerksamkeit liest, könnte man glauben, daß alles, was er schreibt, wahr sei. Glaubt vielleicht Herr Blank, daß sich Arbeiter, welche auf dem Lande wohnen und eine bis anberthalb Stunden zur Arbeitsstätte zu gehen haben, warmes Mittagessen gestalten können? Selbst dann, wenn die Mittel dazu vorhanden sind, wird in den meisten Fällen davon Abstand genommen, weil die Angehörigen solcher Arbeiter das Mittagessen einfach bis Abends aussetzen müssen. Hat nun vielleicht Herr Blank eine besondere That begangen, wenn er einem Lehrling zur Winterzeit, wie es hier der Fall, eine warme Suppe zu Mittag gewährt, sowie halb 4 Uhr eine Tasse Kaffee mit Brot, welches letzteres sogar bei Anfang der Lehrzeit vereinbart wurde? Wir können es nur als Menschenpflicht betrachten, daß ein Lehrling, welcher seine Arbeitskraft dem Prinzipal drei Jahre zur Verfügung stellt und doch keine Aussicht hat, sich so auszubilden, daß er später sein Fortkommen mit dem Gelehrten finden kann, auch solche Zuwendungen bekommt.

Ich muß noch einmal wiederholen, daß, wo keine Anleitung ist, auch keine Ausbildung sein kann. Nun schreibt Herr Blank weiter: „Was die Lehrlingszuchterei anbelangt, kann von mir keine Rede sein, denn ich habe nur einen Lehrling.“ Das müßte heißen: „Zur Zeit.“ Weiter heißt es: „Werbe mich auch an keinen mehr binden.“ Das wird auch Niemand verlangen. „Suche deshalb einen Hausburschen.“ Also auch hier giebt Herr Blank wiederum zu erkennen, daß es ihm darum zu thun ist, eine billige Arbeitskraft zu erhalten, denn er bietet demselben Kost und Wohnung und sogar erhält derselbe nach kurzer Zeit Bezahlung für die nöthigen geschäftlichen Ausgänge. Das genügt und wünschen wir Herrn Blank guten Erfolg. — Als unwahr erklärt es Herr Blank, daß der Artikellehrling 2,50 Mk. pro Woche erhalten hätte; er habe 4 Mk. mit Kost und Wohnung bekommen. Wir müssen letzteres bestätigen und nehmen die erstere Angabe, da falsche Unterrichtung vorlag, zurück. Unwahr ist es aber, daß der betreffende Lehrling vor Eintritt in die Lehre bei seinem Vater beschäftigt war. Er hatte Hausarbeit zu besorgen, mithin fällt die Folgerung in sich zusammen, daß der Lehrling an kalte Kost gewöhnt zu sein schien. Wie uns aus bester Quelle bekannt, ist es auch un wahr, daß der Lehrling in den letzten dreiviertel Jahren jeden Samstag Abend 3 Mark Taschengeld erhalten hat, sondern diese 3 Mark wurden demselben ca. ein Vierteljahr verabsolgt und zwar nur deswegen, weil er außerhalb der Werkstätte als Altenhefter beschäftigt wurde. Als die Arbeit zu Ende war, hörte auch wieder das Taschengeld von 3 Mark auf. Fragen müssen wir nunmehr: kommt überhaupt einem Lehrling solche Arbeit wie Altenheften zu, welche Wochen und Monate lang anhält, kann da eine Beaufsichtigung, vielmehr eine Ausbildung in der Buchbinderarbeit sein? Jeder ältere Arbeiter muß dies verneinen. Sollte Herr Blank während seiner langjährigen Praxis nicht auch zu dieser Ansicht gekommen sein?

Bericht des Zentralvorstandes des Schweizerischen Buchbinder-Verbandes.

Vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1897.

Dieser Bericht muß als Fortsetzung des vom Unterzeichneten auf dem außerordentlichen Verbandstag zu Bern am 22. September 1897 gegebenen Berichts aufgefaßt werden.

Die Aufgabe des eben genannten Verbandstages lag darin: durch eine Aussprache der Delegirten aller Sektionen über die Lage unseres Berufs und unserer Organisation, Mittel und Wege behufs Aufbesserung derselben zu finden.

Von der Einsicht befeelt, daß unsere wirtschaftliche Lage gleichen Schritt halten wird mit dem mehr oder minder starken Einfluß unserer Organisation, hat sich der außerordentliche Verbandstag angelegen sein lassen, den Verband möglichst auszubauen. In logischer Folge ergab sich die Nothwendigkeit, die festgesetzten Beiträge an die Verbandskasse wesentlich zu erhöhen, ferner ein neues zeitgemäßes Statut zu schaffen und eine Klärung über die Organfrage herbeizuführen.

Da über die Verhandlungen dieses Verbandstages ein kurzes Protokoll veröffentlicht wurde, können dieselben füglich hier übergangen werden. Als Resultat ist jedoch hervorzuheben: die Erhöhung der Verbandsbeiträge pro Mitglied und Monat auf 25 Cts. und ein neues Verbandsstatut.

In der Organfrage kamen die Delegirten zu der Einsicht, daß unser Verband z. B. zu schwach sei, um ein eigenes Organ über Wasser zu halten. Die weitere Frage, bezüglich der „Arbeiterstimme“ nach Umgestaltung zum Gewerkschaftsorgan schwebt zur Zeit noch.

Eine Reihe weiterer, im veröffentlichten Protokoll näher gekennzeichnete Beschlüsse des Verbandstages setzten den Zentralvorstand in lebhafteste Thätigkeit. Hervorzuheben ist die Urabstimmung behufs Erhebung der neuen Beiträge vom 1. Oktober ab. (Das Statut selbst soll erst vom 1. Januar 1898 in Kraft treten.) Diese wurden wie bekannt mit 168 gegen 55 Stimmen angenommen. Außer Bern hatten sämtliche Sektionen mit großen Mehrheiten, theilweise mit Einstimmigkeit die erhöhten Beiträge angenommen. Sonderbar war das Verhalten der Sektion Bern, welche bei nur 14 Stimmen Ja, 35 Stimmen Nein aufwies, trotzdem ihre Delegirten auf dem Verbandstag für die Erhöhung vom Oktober gestimmt hatten.

Einem Beschlusse des Verbandstages entsprechend hatte der Zentralvorstand eine Delegation nach Luzern entsendet (Kaffier Jude), um die am Eingehen be-

griffene Sektion möglichst aufrecht erhalten zu können. Der Erfolg war, daß sich ein neuer Vorstand bildete, nachdem der letzte nicht wieder anzunehmen geneigt war.

Im Oktober brach in Bern in zwei Fabriken der Streik aus, wovon der größte Theil der Sektion betroffen wurde. Bereits vorher hatte sich wegen dieser Angelegenheit ein sehr lebhafter Schriftwechsel zwischen dem Zentralvorstand und der Sektion Bern entwickelt. Der Zentralvorstand war bemüht, die kämpfenden Kollegen in Bern kräftig zu unterstützen. Zu diesem Zwecke erließ er einen Aufruf, welcher an die Vereine des In- und Auslandes versandt wurde. Zugleich veranstaltete er eine besondere Sammlung. Hier muß konstatiert werden, daß die darauffin geflossenen Gelder nur zum geringeren Theil an den Zentralvorstand gesandt wurden, sondern fast ausschließlich an die Streikenden direkt, wir sind daher nicht in der Lage, kontrollieren zu können, inwieweit unser Aufruf Erfolg hatte.

Nach Wiederaufnahme der Arbeit seitens der streikenden Kollegen entstanden Meinungsdivergenzen zwischen dem Zentralvorstand und der Sektion Bern wegen der Abrechnung, die zur Zeit zwar noch schweben, aber voraussichtlich ihre ordnungsgemäße Erledigung finden werden. Leider muß konstatiert werden, daß der Streik, der sich hauptsächlich auf die Verringerung der Arbeitszeit auf neun Stunden zuspitzte, in dieser Forderung erfolglos verlief.

Agitatorisch trat der Zentralvorstand nicht besonders hervor. Dies ist hauptsächlich zurückzuführen auf die durch den Streik ausgebrängte Arbeit und weil der Zentralvorstand auch durch die Ausführung der vom Verbandstag gefaßten Beschlüsse vollauf beschäftigt war. Von den Sektionen ist bekannt geworden, daß St. Gallen eine Agitationstour nach Norfösch mit gutem Erfolge entfaltete. St. Gallen verschaffte sich dadurch auswärtige Mitglieder in Norfösch. Eine beabsichtigte Maßregelung der Norfösch Kollegen ist durch das Eingreifen des Komitees der Sektion St. Gallen unausgeführt geblieben. Die Sektion Winterthur hat eine größere Agitationsversammlung arrangirt, wozu der Zentralpräsident das Referat übernommen hatte. Die Sektion Zürich hatte Versuche mit Werkstudenversammlungen gemacht, die anfangs vielversprechend verliefen, später jedoch vollständig einschliefen. Der zweite bislang in Zürich bestehende Verein hat sich bis jetzt noch nicht genüßigt gefunden dem Verbands beizutreten. Beigetreten ist im Laufe des Halbjahrs Lausanne. Genf konnte sich bis jetzt noch nicht entschließen, dem Verbands beizutreten.

Von der übrigen Thätigkeit des Zentralvorstandes mögen noch folgende Punkte kurz beleuchtet werden: Im Laufe des Halbjahrs fand die Abrechnung der Marken mit dem Gewerkschaftsbund statt. Leider hat die Einziehung derselben durch den Zentralvorstand bei einigen Sektionen sehr lange gebauert. Diese Abrechnung mußte beknüppelt erfolgen, weil der Schweizerische Buchbinderverband formell aus dem Gewerkschaftsbund austrat!

Des Weiteren stellte es sich beim neuen Statut heraus, daß noch einige wesentliche Einfügungen gemacht werden mußten. Eine diesbezügliche Bekanntmachung, in der die Sektionen aufgefordert wurden, eventuelle Wünsche dem Zentralvorstand mitzutheilen, wurde nur seitens der Sektion Biel entsprochen.

Bei der Rechnungsaufstellung der Wanderunterstützung stellte es sich heraus, daß wir z. B. mit den für diese Unterstützung eingegangenen Geldern ein ansehnliches Defizit aufwiesen.

Ferner ist der Zentralpräsident einmal auf Beschluß des Zentralvorstandes während des Streiks nach Bern delegirt und einmal von den Streikenden zu sich entboten worden. In der gleichen Sache fanden auch wiederholte Sitzungen mit dem Bundeskomitee statt. Auch hat sich der Zentralvorstand veranlaßt gesehen, bei dieser Gelegenheit (Berner Streik) eine gemeinschaftliche Versammlung der beiden Züricher Vereine in seine Hand zu nehmen, als Referent war hierzu ein Streikender aus Bern (Kollege Jöckel) beordert worden. Annoncen als Warnungen wurden gleichfalls aus der Zentralklasse bestritten.

Von den einzelnen Sektionen sei bemerkt, daß Bern durch die vielen Abgerissenen (Maßregelungen vom Streik) etwas gelitten hat, doch scheint sich diese Sektion bald wieder zu erholen. St. Gallen hat sich an allen Verbandsfragen lebhaft betheiligert, mit dem Zentralvorstand einen lebhaften Verkehr unterhalten und u. A. auch eine brauchbare Statistik geliefert, fast alle übrigen Sektionen haben dies leider nicht gethan. Zürich und

(Fortsetzung siehe Seite 111, dritte Spalte.)

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Federpalastierwarenen-Abrechnung vom 4. Quartal

A. Abrechnung der

Table with columns for Name der Buchhändler, Einnahmen (für Mitgliedschaft, Beiträge, etc.), Ausgaben (für Betriebskosten, etc.), and a summary of the balance. Includes a list of member names like Maden, Wittenburg, etc.

Industrie-beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Oktober, November, Dezember) 1897.

Zahlstellen.

Gaben

Table showing expenses (Gaben) for the association, categorized by month and type of expense. Includes a summary of total expenses.

B. Abrechnung der Verbandskassa.

Table showing the account of the association's cash (Verbandskassa), including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) for the quarter. Includes a list of member names and their contributions.

Vertical text on the right side of the page, containing various notices, announcements, and possibly a list of names or dates related to the association's activities.

Literarisches.

Von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dieck' Verlag) sind Heft 31 und 32 erschienen.

Das komplette Werk wird ca. 36 Lieferungen à 20 Pf. umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist uns Nr. 6 des 8. Jahrgangs zugegangen.

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Beranek, Reichenberg, Böhmen, Stejansstraße 21.

Briefkasten.

L. Sendung vom 22. v. Mts. erhalten. C. G. in Erfurt. Dieser H. Hempel aus Göttingen ist nicht so viel Raum wertig, wie Ihr Eingefandtes beanspruchen würde.

Nach Zürich, Biel, Graz. Die Abänderungen werden in nächsten neuen Adressenverzeichnis vorgenommen.

C. R. in Lübeck. Die Saluberei des Nachfolgers D. Bankow in Guitin wollen wir den Mitgliedern doch nicht vorsehen. Dessen Verstandesgaben hat auffallend viel leeren Raum, es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn sich der „Vertreter des verstorbenen Meisters“ zu erheben fühlt.

B. B. Wie kommt es, daß Sie als Mitglieder in Darmstadt in der Zeitung anfragen wollen, wann und wo die Versammlungen in Darmstadt stattfinden?

A. B. in Hamburg. Eingefandtes ist durch die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in heutiger Nummer erledigt.

Anzeigen.

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Montag den 4. April, Abends 1/9 Uhr, im Saale der Arbeiterherberge „Zum Erlanger Hof“, Berggasse 11 [146] [1.40]

Mitglieder-Versammlung.

NB. Wir machen die Mitglieder unserer Zahlstelle darauf aufmerksam, daß die Mitglieder-Versammlungen vom 4. April d. J. ab, regelmäßig alle 14 Tage, Montags Abends 1/9 Uhr in oben genanntem Lokal stattfinden, und erwartet zahlreichen Besuch

Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Montag den 4. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75

Mitglieder-Versammlung.

147] Tagesordnung: [1.80

- 1. Vortrag des Hrn. Waldeck Manasse über: „Der Kampf ums Dasein.“
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiche und pünktliches Erscheinen ersucht Der Bevollmächtigte.

Die Billeits vom Stiftungsfest sind baldigst abzuzurechnen.

Zahlstelle Krefeld.

Montag den 11. April (den zweiten D. Freitag), Morgens 11 Uhr [1.10

Öffentliche

Buchbinder-Versammlung.

Referent: Kollege Luz aus Dormund.

148] Der Einberufer.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 2. April, Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Gasthof zum „Sirsch“, großer Saal. 149] Tagesordnung: [2.20

- 1. Wie stellen sich die Kollegen der Zahlstelle Stuttgart zur Gründung eines Unterstützungsfonds, um dadurch die Sammellisten in Wegfall zu bringen?
2. Interne Angelegenheiten.
3. Fragekasten - Verschiedenes.

Bei der hohen Wichtigkeit des ersten Punktes ist das Erscheinen Aller und namentlich der älteren Mitglieder dringend notwendig.

Die Vertrauensmänner werden dringend ersucht mit Sammellisten, sowie Vortragsgarten abzurechnen.

Der Vorstand.

In einem aufblühenden Orte Mitteldeutschlands, 4000 Emd., ist die einzig am Plage befindliche Buchbinderei mit Ladengeschäft, günstig gelegen, neues Eckhaus, mit zwei Schaufenstern nach zwei Straßen, Familienverh. halber für 4500 Mk., anz. 3000 Mk., sofort zu verkaufen. Off. u. A. H. 1 an „Journal für Buchbinderei, Leipzig“, erbeten. [1.40

Tüchtiger Pressvergolder

für Cartonmassagen, welcher auch im Handvergeissen bewandert ist, per sofort gesucht. 151.] [1.20

Offerten unter H. L. C. an die Exp. dieses Blattes.

Bekannt

ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel F. Klement-Leipzig in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Lokal, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations and dates for meetings across different regions.

Buchbinder etc.

Ortskrankenkasse der Buchbinder etc.

Die am 13. Dezember v. J. erfolgte Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer für die Jahre 1898/99 ist in Folge eingelegten Protestes von der Ausschichtsbehörde für ungültig erklärt worden.

Es findet die Neuwahl statt am

Sonntag den 3. April cr.,

in Feuersteins Restaurant, Alte Jakobstraße 75. Zu wählen sind 233 Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassennmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind (S. 48 des Statuts).

Der Wahltag beginnt präzis 10 Uhr Vormittags und wird geschlossen präzis 3 Uhr Nachmittags.

Der besizer Kontrolle wegen werden die Mitglieder dringend gebeten, das Quittungsbuch vorzuzeigen, oder die Nummer deselben anzugeben.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

153] Der Vorstand. [5.00

J. A.: C. Hoffmann, Vorsitzender.

Kostenlos Vermittlung von Geschäftskäufen.

Off. u. „Kaufgesuch“ an d. Journal für Buchbinderei, Leipzig. 154.] [1.00

Gasthof Zweinaundorf.

Schönster Aufenthaltsort des Orens Leipzigs. Empfehle meinen Ballsaal, schönen Garten, Kolonnaden, Kegelbahn, Gesellschaftszimmer und Loggiahaus bei etwaigen Festen aufs Wärmste. [2.00

155] Hochachtungsvoll Euer Schwager Gustav Fischer.